



Biwöchiger Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb und
Vorort 2 Thlr. 11/4 Sgr. Infusionsgebühr für den Raum einer
zweitteiligen Seite in Breslau 1 1/4 Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
amtlichen Belehrungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal an den übrigen Tagen einmal erscheint.

Nr. 202. Mittag-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 1. Mai 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

43. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (29. April). Eröffnung um 10 1/2 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministerialischen der Herr Handelsminister und Major v. Hartmann, später der Herr Kriegsminister und der Herr Minister des Innern.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Verlesung der Interpellation der Abg. Dr. Kammerer, Cornely und Läster, ob die Regierung die Absicht hat, den Vertrag mit der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft vom 7. Mai 1864 dem Landtag zur nachträglichen verfassungsmäßigen Genehmigung vorzulegen, und wenn nicht, aus welchen Gründen sie glaubt, davon absehen zu können.

Bevor aber das Haus sich mit dieser Interpellation beschäftigt, verlangt der Herr Handelsminister das Wort: Nach § 28 der Geschäftsordnung soll eine Interpellation vorher abchristlich dem Staatsministerium mitgetheilt werden, damit dasselbe über sie in Berathung treten könne. So viel mir bekannt, ist eine solche Mittheilung nicht erfolgt, ich selbst habe es heute durch die Tagesordnung Kenntnis von ihr erhalten. Da also eine Berathung des Staatsministeriums nicht hat stattfinden können, so trage ich darauf an, daß der Gegenstand von der heutigen Tagesordnung entfernt und auf die nächste gesetzt werde.

Bräsig: Gräbow bemerkte, daß er mit der Interpellation durchaus geschäftsordnungsmäßig verfahren und sie gestern dem Staatsministerium mitgetheilt habe. Es genüge, wenn der Herr Minister heute erklärt, daß er in der nächsten Sitzung beantworten werde, und sei damit die Sache für heute erledigt. (Der Herr Minister verläßt das Haus.)

Das Haus geht nun mehr zur Fortsetzung der Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, über.

Abg. v. Ernsthausen: Die preußische Heereseinrichtung ist für die Nation belebend und wird von ihr belebt; sie ist ein Hebel für die wirtschaftlichen Interessen, weit entfernt, die produktiven Kräfte labm zu legen; denn sie schließt den Zugang und Zusatz fremder Arbeitskräfte und fremden Kapitals nicht aus. Ich leugne nicht, daß man in meiner heimatlichen Provinz allgemein für die zweijährige Dienstzeit ist, doch sollte man ohne genaue militärische Kenntnisse nicht so ohne Weiteres darüber urtheilen. Es wird sich immer fragen, ob sie mit der Stärke und Kriegsfähigkeit der Armee vereinbar ist; der Bericht wenigstens führt diesen Beweis nicht. Seine statistischen Ausführungen beruhen auf Irrthümern, die auf statistische Redensächer des Abg. Birchow zurückzuführen sind, von denen es immer bedauerlich bleibt, daß ein Parteiführer ihnen anheimfallen konnte. Aber so entsteht erlaubterweise die Frage, welches Vertrauen verdienten Brüder, welche auf satischen Unrichtigkeiten beruhen? (Bravo von den Conservativen, Heiterkeit lins.)

Viele Behauptungen des Berichts sind — ich will nicht sagen mit Absicht des Verfassers — geeignet, im Bezug auf die wichtigsten Seiten der Angelegenheit irre zu lassen. Die Verringerung der Zahl der Cadres ist undurchführbar, die Verringerung ihrer Stärke bedenklich, die Erhöhung der Rekrutierung unmöglich, daher die zweijährige Dienstzeit zu verwerfen. Die Compagnien, von denen man spricht, sind unverhältnißig, ich kann da nur an die Capitulanten denken, aber wobei sollen die kommen? Allmählich gelangt man damit zum Stellvertretungssystem, wovon wir Alle nichts wissen wollen. Ich meine bis zu einem gewissen Grade würde sich in Zukunft die Ablösung der Präsenzzeit von selbst finden (der Kriegsminister v. Roon tritt ein). Ich kann schließlich nicht den hier angeführten Ansichten über das Budgetrecht beitreten, ich meine, andere freunde Verfassungen können für uns nicht maßgebend sein, Preußen kann und muß sich sein eigenes Verfassungsrecht bilden. Es müssen diejenigen Aussagen festgestellt werden, die nicht ohne die Zustimmung dieses Hauses geleistet werden können, und diejenigen, welche der Zustimmung des Hauses nicht bedürfen. Damit könnte und müsste bei der Feststellung des Präsenzstandes der Armee begonnen werden, und dahin wird man sicher einmal gelangen. Denn ich bin nicht der Ansicht, daß unsere Rechtszustände auf ein paar Verfassungsparagraphen beruhen, welche in der Glosse hingeworfen. (Gedächtnis lins.) Ich halte es nicht für zeitgemäß, über die hier entstehenden Controversen in lange Debatten einzutreten, ich halte es dagegen für zeitgemäß, daß wir sobald wie möglich den inneren Streit enden, damit wir nach außen stark sind! (Beifall von den Conservativen.)

Abg. Jacobi (vom Platz aus): M. H.! Der Regierungsvorschlag und die Verbesserungsanträge haben beide den Zweck der Armeereorganisation als gesetzliche Grundlage zu geben. Eben deshalb erläßt ich mich gegen beide. Der militärische Gesichtspunkt liegt mir fern. Ich enthalte mich in dieser Beziehung jedes Urtheils, ebenso lasse ich die rechtliche, finanzielle und volkswirtschaftliche Seite übersehen. Alle diese Rücksichten treten weitaus in den Hintergrund gegen die politische Bedeutsamkeit der Frage. Politische Motive liegen der Armeereform zu Grunde, und so sind es auch vorwiegend politische Motive, die mich zur Verwerfung bestimmen. Ich verwirre die Armeereorganisation, weil sie den Grundlagen der constitutionellen Selbstbestimmung und Gleichrechte widerspricht, weil durch sie die königliche Gewalt in einer für die Freiheit gefährdenden Weise verstärkt, das Interesse, das Sonderinteresse der Adelspartei auf Kosten des Bürgers gefordert wird. (Sehr wahr!)

Eine Armee, m. H., wie die Reorganisation sie schaffen will, ein großes stehendes Soldatenheer, geführt von Berufss-Offizieren, die weder auf die Verfassung vereidigt, noch den allgemeinen Landesgesetzen unterworfen sind (Sehr wahr!), ist eine Gefahr, eine reale Bedrohung wenigstens der staatlichen Freiheit, es ist ein bewaffneter Friede im Innern, ein permanenter Kriegszustand oder Kriegsbereitschaft gegen das eigene Volk (Sehr wahr! hört!).

Der Vertreter der Krone, der constitutionell beschränkte Monarch zu gleicher Zeit unbefrängter oberster Kriegsherr, hat er als solcher die Macht über die Beschlüsse der Landesvertretung hinweg, trotz Widerspruch der öffentlichen Meinung, seinen persönlichen Willen durchzusetzen, dann ist die Verfassung ein leerer Name, dann hängt Verfassung und Verfassungsrecht einzeln und allein ab von der Selbstbeherrschung des Herrschers, d. h. von der königlichen Gnade. (Sehr wahr! Bravo!) Diesen politischen Bedenken gegenüber hat der Kriegsminister — ich weiß nicht ob zum Trost oder als eine Bedrohung — den Einwand geltend gemacht, es könne einer solchen vermeintlichen Gefahr gegenüber nicht auf die Zahl 200,000 Mann ankommen, schon 130,000 Mann genügen dazu. Es mag so sein, aber was bedeutet das? Doch nur, daß die Errichtung des Heeres, wie sie vor Einführung der Reorganisation bestand, auch schon mit einer gedeihlichen freiheitlichen Entwicklung unvereinbar gewesen, daß es folglich einer ganz anderen Reform, als der Reorganisation, bedürfe, um das preußische Heerwesen mit den Forderungen des constitutionellen Staatswesens in Einklang zu bringen. Darauf beruht ja eben die Gesundheit und die Kraft, wie jedes lebenden Organismus, so auch des Staates, daß alle seine verschiedenen Theile und Einrichtungen ein einiges, in sich übereinstimmendes Ganze sind. Wie der bürgerlichen Freiheit, ebenso widerstreitet die Heeresreorganisation dem bürgerlichen Rechtsgefühl. Die Gerechtigkeit verlangt vor Allem eine gleichmäßige Verteilung der Staatslast unter den Staatsbürgern, also in Bezug auf den Militärdienst entweder die Einziehung aller Waffenfähigen zur Dienstleistung, oder volle Entschädigung der Dienstleistenden auf Kosten der Uebrigsten. Wie nun verhält sich die Sache bei uns? Alle Preußen sind wehrpflichtig, so sagt das Gesetz. In Wahrheit aber genügt nur ein kleiner Theil der Bürger, etwa 1/2, der verfassungsmäßigen Dienstpflicht. In dem Belieben der Militärbürokratie steht es, diesen oder jenen Bürger heranzunehmen, ihn Jahre lang seinem bürgerlichen Gewerbe, den bürgerlichen Verhältnissen zu entziehen und zwangsweise in das Heer einzufstellen. Für alle diese Opfer, Opfer an Zeit und Kraft, die der Gewalt dem Gemeinwohl bringen muß, wird ihm, außer einer lärglichen Löhnung, nicht die geringste Entschädigung zu Theil.

Wie, meine Herren, ist diesem Unrecht abzuholzen? Da, das gebe ich zu, der preuß. Staat zu seiner Vertheidigung, zu seinem Schutz eines starken Kriegsheers bedarf, die Finanzkraft des Landes aber nicht ausreicht, dem diensttuenden Bruderkreis des Volkes eine angemessene Entschädigung zu gewähren, so bleibt nur ein Ausweg: Einführung eines volkstümlichen Wehrsystems. Soll der Gerechtigkeit, soll dem constitutionellen Grundsatz: "Gleiche Pflichten, gleiche Rechte" Genüge geschehen, so muß mittels Er-

leichterung der Dienstlast die rechtlich bestehende, allgemeine Wehrpflicht zu einer thathaften Wahrheit gemacht werden. Der Kriegsminister selber hat unserem Recruitensystem das Urtheil geprüft, er habe, so äußerte er sich in Ihrer Commission, wohl oft von Wehrpflicht sprechen gehört, nie aber von Wehrrecht, von einem Landwehrrecht; der eingekleidete Soldat sei stolz darauf, das Königs Röd zu tragen, noch aber wäre es niemals vorgesehen, das Jemand, der sich freigelaost, über Verflämmerung und Beinträchtigung seines Wehrrechtes gellagt, oder gar auf Grund eines solchen Rechts verlangt hätte, in das Heer eingestellt zu werden. Das ist ganz wahr, aber eben so wahr ist es, daß ein solcher Zustand kein erfreulicher ist, kein Zustand, wie er dem gesunden Staatswesen eines freien, seines Rechtes und sich selbst bewußten Volkes angemessen ist. In der That, m. H., wir können es unter diesen Umständen den deutschen Brüdern gar nicht verbieten, daß sie von Preußen nicht beschuldigt sein wollen, das sie kein Verlangen danach tragen, Militärkonventionen mit Preußen abzuschließen. So lange das jetzige Militärsystem in Preußen besteht, so lange das gegenwärtige Regiment in Preußen besteht, Ihnen sie ganz Recht daran, eingedenkt zu bleiben jenes alten Sprichworts: „Wessen Sowg du geniehest, dessen Knecht du bist“; auch glaube ich nicht, daß die geistige Erklärung des Kriegsministers: „Sie sollen aber gefügt sein“, ihnen ein besonderes, gräßliches Verlangen oder Zutrauen eiseln kann (Sehr richtig! Heiterkeit). M. H.! Es ist in diesem Hause wiederholt behauptet worden, daß die Militär-Reorganisation die Ursache des Verfassungsconflicts sei; ich glaube mit Unrecht. Militärfrage und Verfassungsfrage stehen vielmehr in einer naturgemäßen Wechselwirkung zu einander, die politische Verfassung des Staates geht überall Hand in Hand mit der Verfassung des Landes. Änderung der einen fördert und bedingt eine entsprechende Änderung der anderen. Bei dem Übergange Preußens aus der absolutistischen Staatsform in die konstitutionelle mußte daher notwendig die Stellung des Militärs in Bezug auf die Verfassung zur Sprache kommen, und da können allerdings wir, die denokratische Partei, es der Regierung nicht genug Dank wissen, daß sie zuerst diese wichtige Frage angeregt, daß sie von Hause aus dieselbe in einer fest bestimmten, in einer dem ganzen Lande so verständlichen Form hingestellt hat.

Die Militärfrage, d. h. die Frage, ob stehendes Soldatenheer, ob volksähnliche Wehrverfassung, ist in ihrem Kern und Wesen eine durchaus politische und Freiheitsfrage, sie ist gleichbedeutend mit der Frage, ob Preußen nach wie vor ein scheinconstitutioneller Militärsstaat bleiben, oder zu einem wahren Verfassungs- und Rechtsstaate vorstoßen soll (Sehr wahr!). Ich, m. H., gehöre, wie Sie wohl selbst wissen, nicht zu der Partei, von der gestern der Herr Kriegsminister behauptete, sie speculate auf die Fortdauer des Conflicts. Ich kenne eine solche Partei überhaupt nicht, weder hier noch außerhalb des Hauses; ich kann auch dem Herrn Kriegsminister die Versicherung geben, daß ich mich vollkommen frei fühle von Parteidisciplin, wie überhaupt von jeder anderen, von außen auferlegten Disciplin, aber ich kann und darf doch nicht die Augen verschließen vor der Thatsache, daß es sich hier um einen prinzipiellen Gegensatz handelt, um einen „Entweder — Oder“, das durch keinerlei Compropositio, durch keinen Vermittelungs- oder Ausgleichsversuch erledigt werden kann (Hört! sehr wahr!). Man kann allerdings die Frage eine Beilegung umgehen, die Lösung hinauschieben, vertagen, aber — einmal angeregt, muß die Frage notwendig zum Abschluß kommen, und sie kann nicht anders, sie kann nicht eher zum Abschluß kommen, und sie kann nicht anders, sie kann nicht eher zum Abschluß kommen, bis sie im Sinne und zu Gunsten der Freiheit entschieden ist (Bravo!). Der Militär- und Adelstaat muß in Preußen zum Rechtsstaat werden. M. H.! Es ist hier schon häufig ausgesprochen worden, und gewöhnlich behaupten es ja alle Verteidiger der Reorganisation kurzweg, die Reorganisation sei einmal eine vollendete Thatsache, die Aufrechterhaltung der Reorganisation sei notwendig für Preußens Machtsstellung, ihre Rückführung sei unmöglich. Sie erinnern sich, m. H., gleich nach der Eröffnung der diesjährigen Session ward vom Ministerialisten ausgesagt, und zwar bezeichnend genug für den politischen Charakter der ganzen Maßregel, gerade vom Minister d. s. Innen gesagt, weder der jetzige preußische Monarch, noch irgend ein königlicher Adjunkt Preußens werde von den Prinzipien der Reorganisation auch nur ein Titelchen hingeben. Ich weiß nicht, welchen Eindruck, welche Wirkung auf dieses Haus der Minister des Innern, und die anderen Ratsgebe, costitutionellen Rathgeber des Königs (Heiterkeit), sich von dieser Erklärung versprochen haben; so viel aber ist mir jedenfalls klar, daß diese ministerielle Erklärung die Regierung nicht schützen wird vor künftigen Ereignissen.

Wie im Jahre 1848, so wird bei jeder künftigen politischen Bewegung das Verlangen nach allgemeiner Volksbewaffnung auf's Neue sich geltend machen, es wird sich dann zeigen, ob die Reorganisation eine vollendete Thatsache oder eine politische Fehlgeburt ist. (Hört! Bravo lins.) Die Landwehrordnung, die alte preußische Landwehrordnung, hat in Preußen, trotz der gesetzlichen Entstehung ihres ursprünglichen Grundgedankens (Sehr gut) zu tief im Volke Wurzeln gesetzt, so ohne Weiteres durch eine Kabinettsordre sich beseitigen zu lassen. (Bravo!) Das Gesetz vom 13. September 1814, der Schlusstein der Stein-Hardenbergschen Gelehrte, steht nach wie vor in seiner vollen, ungefährten Rechtskraft; die Reorganisation, aller gesetzlichen Grundlage bar, dies Damareschen des Militärdiktates, ist nichts als das fröhende Schauspiel der Reaktionstreiberungen der fünfzig Jahre (Bravo!), hat das preußische Volk zwischen beiden die Wahl, dann kann die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Ich schließe mit den Worten, mit denen einst in Berlin nach beendtem Freiheitskampfe die Heimkehr der entflohnen Siegesgötter gefeiert wurde:

"Wie, Preußen, mög' in deinen Kronjuwelen"

(Lebhaftes Bravo!)

Abg. Wagners (Neustettin): Der Vorredner hat mit gewohnter dänenswerther Offenheit die Frage als eine politische bezeichnet, als welche auch wir sie zu beurtheilen haben. Unsere Wehrverfassung besteht zu Recht und darf der gesetzlichen Grundlage nicht. Ich bestreite, daß die allgemeine Wehrpflicht nicht durch das jetzige Gesetz zur Wahrheit werden kann; ich behaupte, daß es gerade darauf gerichtet ist, sie zur Wahrheit zu machen. Ich weiß nicht, ob ein Jahr 1848 wiederkehren wird und wie bald; dann mag immer wieder der Ruf nach einem Volksheer erhoben — er wird verhallen und verfallen wie alle Wünsche und Resultate des Jahres 1848. Wenn der Herr Vorredner die Geschichte um sich brechen und von ihr gelernt hätte, er würde wissen, daß nicht alle die Berliner Bürgerwelt der Lächerlichkeit verfallen, daß alle erfüllten Wünsche nach einem Volksheer nicht vor der Dictatur gefordert, daß die Engländer nach den heftigsten politischen Bewegungen die Rückkehr zum Königthum als die Wiedergeburt der Freiheit begrüßt haben. In Bezug auf die Rechtsfrage, und eine solche ist die Militärfrage im eminenten Sinne, theile ich das Bedauern, daß wir bei diesen Debatten niemals einen Vertreter des Justizministeriums unter uns gesehen haben. (Bewegung.) Zu fragen ist: wer hat denn gesetzlich über die Organisation und Stärke der Armees zu entscheiden, und ist das Budgetrecht des Hauses wirklich verlegt? Endlich: hat sich die Regierung bei der Reorganisation auf dem Boden der Landesgesetze bewegt? Da ich mich auf meine eigenen Augen nicht ausschließlich verlassen will, so stütze ich mich auf die Autorität von Männern, die ich leider nicht die Ehre habe, zu meinen politischen Freunden zu zählen: der Abg. Grafen Schwerin, Gneist und Westen. Der Graf Schwerin hat die Bestimmung über die Organisation und Stärke der Armee als die Prätrogative des Landesherrn bezeichnet.

Der Abg. Westen hat ausgesprochen, daß man die Stärke des Heeres nicht zum Gegenstande der Opposition machen könne. Dieser Rechtsanspruch, die auch die meinige ist, stehen die Bestimmungen des Landesrechtes klar zur Seite, und dieses Gesetz ersten Ranges, wie der Abg. Gneist es nennt, ist durch die Verfassungskurve nicht aufgehoben. Die Befürchtung, daß die Regierung, gefügt auf die Prätrogative der Krone, einen Missbrauch überwerde, ist halitos. Die Könige von Preußen haben noch niemals einen Raubbau mit ihren Rechten getrieben. Jedes Recht kann freilich missbraucht werden, und ich glaube, daß mir von dem Budgetrecht einen Missbrauch zu machen im Begriff sind, daß wir aus der Rechtsfrage eine Machtfrage machen wollen. Sie haben ja selbst, m. H., anerkannt, daß das Heer stärker, wehrhafter und kräftiger sein müsse. Sie haben das gethan bei der sogenannten Generaldebatte über das Budget. Damit haben Sie das Bedürfnis anerkannt; den Umfang seiner Befriedigung zu beurtheilen, übersteigt Ihre

Competenz. Wer hat denn das Abgeordnetenhaus zu einer militärisch-technischen Gehirn gemacht, die allein im Stande sei, die Sache zu beurtheilen? Dazu bedarf es eben militärischer Kenntnisse. Die Reorganisation ist nicht von Offizieren a. D. sondern von praktisch thätigen Offizieren gemacht, und auf Erfahrungen der umfassendsten Art gegründet worden. Der Abg. Westen sagt uns: Bis 1862 habe man vollem gesetzlichen Handeln der Regierung gegenüberstanden, wann aber hat dann die Gesetzverlegung angefangen? Es ist nicht erwieslich, daß die Regierung außerhalb der ihr zustehenden, gesetzlichen Befugnisse einer Statsforderung aufgestellt hat; die Ablehnung einer solchen Forderung seitens des Hauses verschafft noch nicht die gesetzliche Position der Regierung. Es ist ganz richtig, daß, wie der Abg. Höover gesagt hat, die Reorganisation beruhet auf der dreijährigen Dienstzeit und auf einer Rekrutierung von 63,000 Mann, aber diese beiden Postulate bestehen zu Recht in Preußen. Innerhalb der bestehenden Gezeuge sieht die Organisation nur dem Oberhaupt des Staates zu, die technische Anordnung der Sache ist nicht Befugniß des Hauses, und die Regierung hat die gesetzliche Basis nirgends verlassen. Ich gebe zu, daß namentlich in Bezug auf die Reservepflicht eine gesetzliche Regulirung nötig ist; dazu war ja doch auch die Regierung bereit, indem nur zu einem solchen, welches dieselbe umfaßt und die preußische Armee auf den Kopf stellt. Dem Amendement Bonin können wir, meine politischen Freunde und ich, nicht zustimmen, weil wir seine Grundzüge nur anerkennen könnten, wenn die Initiative dazu von der Krone ausgeht. Die Einzelheiten aber, namentlich die Zusammensetzung des Heeres kurz vor einem Kriege können wir nicht gut beurtheilen.

Der Herr Berichterstatter hat uns bei Festhaltung unseres Standpunktes in dieser Frage ein düsteres Prognosito für die Zukunft gestellt; ich möchte ihn daran erinnern, daß über die Haltstarrigkeit ihres politischen Standpunktes nicht nur regierende Häupter, sondern auch Landesvertretungen ihre Rechte verloren haben. Ich meine, es werden Zeiten kommen, wo man es uns danken wird, daß wir eine starke Armee dem Lande erhalten wollten und erhalten haben; eine kleine Reise nach Burg wird einen Vorgeschoß jener Zeiten geben. (Heiterkeit auf der Linken.)

Abg. Jung: Der Abg. v. Ernsthausen hat in seiner Rede die Behauptung, daß die Heereseinrichtung belebend wirke, auch mit der wenig tröstlichen Begründung ausgestattet, daß die dem Lande entzogene Arbeitsschafft durch Ausländer ersetzt werde. Ich glaube, die Dienststiftungen, welche durch die Reorganisation 2 Jahre länger beschwert werden, werden sich sehr wenig freuen, ihren Platz durch Fremde besetzt zu finden. Ich kann nicht begreifen, mit welchem Rechte der Abgeordnete einen Beschluss der Majorität des Hauses einnimmt, namentlich den, daß man eine solche Parteidisciplin, die hinter demselben doch neu beginnt, aufrecht halte. Will man eine Volksvertretung nur dann anerkennen, wenn sie sich der Regierungswelt unterwarf, zeigt? (Hört!) Der Abg. Wagener hat uns aufgefordert, den Abg. Jacoby zu verabschieden. Ich thue dies nicht, denn derselbe hat ja nicht einen Hauptfehler der Organisation darin gefunden, daß sie das Königthum stärkt, sondern darin, daß sie den Absolutismus stärkt. Nicht so, nicht Rechte stärkt das Königthum, sondern die Lebereinstimmung der Krone mit dem Volke, wenn diese Aufgabe darin findet, der treue Ausführer des Volkswillens zu sein. Die Ausführungen des Abg. Jacoby beruhen auf dem Geseze. Ich habe hier im ganzen Hause niemals eine Spur von dem Gefühl vernommen, ein Parlamentsrecht zu schaffen. Was wir wollen, das ist, daß unser Heer bleibe und wache auf der Grundlage, welche ihm Gneist und Schwerin gegeben haben, und daß es nicht alterirt werde durch den Geist der Junfer, der schon diesen Männern gegenübertrat. Ich bin gestern der langen Rede des Kriegsministers mit großer Aufmerksamkeit gefolgt, habe aber darin nichts, als die alten, schon oft wiederholten Argumente gefunden. Die Heide erschien mir wie eine jener nächtlichen Rebuen, die ein Heerführer über den ihm noch gebliebenen Theil seiner Truppen abbält. Neues darin war mir nur die dünne Andeutung über die Gelegenheiten, bei denen die Landwehr sich als ungünstig beweisen habe. Der Minister hat weiter nichts genannt, als Jahreszahlen; ich kann ihm eben so dunkel antworten, daß ich liberal den Ausdruck gehörte habe, es wäre ein ganz vor treffliches Instrument von ungeschickten oder unwilligen Händen so gespielt worden, daß es seinen Dienst nicht habe leisten können, wie es in seiner Natur liege, habe aber noch hinzuzusehen, daß es nichts Tactloses gebe, als in einem Bruder- oder Bürgerkriege die Landwehr zu verwenden.

Wenn es populären Anforderungen, Erleichterungen gilt, so hat der Herr Kriegsminister stets die Hand auf dem Geseze, gilt es dagegen Anforderungen der Regierung, dann schlägt er das Gesetzbuch zu und sagt: der König ist der alleinige Interpret des Gesetzes. Es ist uns der Krieg in Schleswig-Holstein vorgeführt worden. Neu ist das nicht, ich habe es schon im Kreisblatt meines Wahlkreises gelesen. Meine Wähler haben darauf aber gesagt: 40,000 Dänen waren zu besiegen; an unserer Seite stand die österreichische Armee, hinter uns die Bundesstruppen, warum da noch zwei Jahrgänge der Landwehr einberufen? Das sei nicht zu begreifen. Für die

Als eine solche wunde, kranke Stelle habe ich die Stellung der Unteroffiziere und den aristokratischen Geist der Offizier-Corps herausgeschafft. Es liegt einmal in der menschlichen Natur: je höher das Ziel, desto besser das Streben. Der hr. Kriegsminister hat zwar gesagt, die Unteroffiziere könnten ja Offiziere werden, wenn sie nur ihr Examen ablegen, aber man darf doch nicht einen Actuar zum Kreisrichter machen. Der Unterschied ist nur der, daß ein Actuar Jahre lang Atem mundirt haben kann, ohne daß das corpus juris zu kennen, während ein Unteroffizier, der lesen und schreiben kann, den Subaltern-Offiziersdienst und die Führung eines Regiments sehr wohl erlernen kann. Der Kriegsminister sagt, die Unteroffiziere wollten selbst nicht avancieren; das mag wohl sein, weil ihnen alle Thüren verschlossen sind und sie sich in der neuen Stellung unheimlich fühlen. Das liegt eben an dem Charakter des Offizierstandes oder wie man es zart und euphemistisch ausgedrückt hat, an der Homogenität ihrer Bildung. (Heiterkeit.) Es kann doch keinem Militärsystem daran liegen, glänzende junge Leute gleichsam als eine Decoration zu Offizieren heranzuziehen, sondern vielmehr daran, Denen, die zu Soldaten geboren sind, Thür und Thor zu öffnen; aber leider ist durch gesetzenes und ungeschriebenes Recht das gerade Gegenteil geschiehen. Gefährlich ist besonders die Militärgerichtsbarkeit und die Ehrengerichte, welche das Privatleben des Offiziers beherrschen und ihm z. B. als Pflicht auferlegen, was die Strafsege verbietet. Das ist eine unehrebare Sache. Einigen solchen inneren Gegenstücken kann die moderne Gesellschaft nicht ertragen, sie muß ihn auslösen. Diese künstliche Ehre, diese Benachteiligung des Privatlebens scheiden das Offiziercorps von der bürgerlichen Gesellschaft, und dadurch verfällt es in die Isolation. Es mögen darunter recht tapfere Leute sein, die eine einzige Kriegsstatute recht wacker ausführen, vielleicht sogar elegant (Heiterkeit) — aber der Feldherr muß mit seinem Volle leben und in seinem Herzen muss der Pulsdruck seiner Zeit schlagen. Damit der Unteroffizier avancieren kann, muß der Offizierstand von seiner Errustibilität bereit, der Offizier muß zum Bürger werden; hoffen wir, daß das Schicksal uns die traurigen Erfahrungen von 1806 aus solchen Gründen nicht noch einmal machen losst! (Lobhafter Beifall.)

Reg. Commiss. Major v. Hartmann bemerkte thatsächlich gegen den Vorredner, daß im letzten Kriege nicht zwei Jahrgänge, sondern nur 5000 Mann Landwehr eingezogen, daß „leider“ nicht 18, sondern nur 10 Regimenter und 8 Schwadronen an Cavallerie ausgebildet und daß unter den 8961 Offizieren der Armee 3754 bürgerliche sich befänden.

Abg. v. Bonin (gegen den Commiss.-Antrag): M. H.! Ich finde mich auch heute, und ich sage, trotz der Rede, die der Herr Kriegsminister gehalten hat, absichtlich heute, auf dem Standpunkte der Verständigung, dem ich durch meinen Abänderungs-Vorschlag Ausdruck gegeben habe. Ich will zunächst insofern auf einige Stellen der Rede des Herrn Kriegsministers eingehen, muß aber vorwerten, daß die Erföpfung, welche den Redner ergriffen hat, einigermaßen auch mich beim Hören ergriß. Wenn nun der Herr Kriegsminister ausdrücklich verborgehalten hat, es sei seine Absicht, daß seine Red in das Land gebracht werde, so halte ich es für dringend angezeigt, daß auch die Entgegnungen auf diese Rede in das Land dringen, und ich möchte den Herrn Referenten bitten, auch darauf Bedacht zu nehmen. In Beziehung auf die Landwehr hat der Herr Kriegsminister schwere Vorwürfe ausgesprochen, Vorwürfe gegen das Institut selbst, die aber auch alle dieselben Männer treffen, die in amtlicher Weise berufen und verpflichtet waren, über die Landwehr zu urtheilen und die sich über sie lobend ausgesprochen haben.

Ich erinnere den Herrn Kriegsminister an das Urtheil, welches König Friedrich Wilhelm III., nach zweimal ehrenvoll beendeten Kriegen“ im Jahre 1815 über die Landwehr gefällt hat. (Redner verliest die bekannten Eingangs-worte der Landwehr-Ordnung). Nun, meine Herren, daß das Institut mit dem Tode seines Gründers nicht aufgehoben hat, für einen Gegenstand von hoher Bedeutung gehalten zu werden, das haben Sie daraus gesehen, daß sein Nachfolger, Friedrich Wilhelm IV., es fortsetzen ließ. Wenn nun der Herr Kriegsminister auf Wohlstande bei späteren Mobilmachungen hingewiesen hat, so muß ich entgegnen, daß, wenn das Institut sich nicht bewährt, ein größerer Theil der Schulden darin liegt, daß man es in einer Art gebraucht hat, wie es nicht gebraucht werden sollte. (Sehr wahr!) Die Landwehr ist kein Institut für den Krieg, sondern für den Frieden, das sehen wir aus der Gelehrten, namentlich aus § 8 des Gesetzes von 1814 und aus der Landwehr-Ordnung. — Ich komme nun zu einem Punkte, den ich nun mit einer gewissen Schüchternheit berühre, da er wenigstens indirect mir persönlich nahe liegt, ich meine die Worte des Herrn Kriegsministers, über die Theilnahme seines Amtsvorgängers, des Generals von Bonin an der Reorganisation. — Meine Herren! Wir haben über diese Frage seit 5 Jahren verhandelt und in keiner der früheren Verhandlungen ist eine derartige Auseinandersetzung gemacht worden, so ist es mindestens auffällig, daß Sie jetzt, unmittelbar nach dem Tode des Generals v. Bonin gemacht wird. (Hört!) Der Herr Kriegsminister hat auch eine Denkschrift des Generals v. Bonin als Beleg für seine Behauptung angeführt, mich aber hat diese Denkschrift aus früheren Jahren nicht davon überzeugen können, als ob der General v. Bonin sich wirklich so ausgesprochen hat, daß der Herr Kriegsminister mit Recht sich als seinen Erben betrachten könnte. Die Thatfache aber, daß nicht Herr v. Bonin als Kriegsminister, sondern Herr v. Roon als Kriegsminister die Reorganisation ausgeführt hat, muß unter allen Umständen darlegen, daß Herr v. Bonin die Reorganisation nicht ausführen konnte, oder wollte. (Hört!) — Was nun mein Amendment betrifft, so batte ich eigentlich gehofft, daß der Abg. Stabenhaag seinen Abänderungsvorschlag, nachdem er in der Commission gefallen, für die Plenarverhandlungen wieder aufnehmen würde; erst als ich die Gewissheit hatte, daß er dies nicht thun werde, habe ich mich berufen gefühlt, die Initiative zu ergreifen.

Glauben Sie mir zunächst darzulegen, weshalb ich gegen die Anträge der Commission stimmen werde. Der Commissionsbericht zeichnet die Situation auf das Allerschärfste ab. In der Stellung des Ministeriums zur Majorität dieses Hauses hebt sich das gegenwärtige Misstrauen als das Hauptmoment hervor. Ich will mich nicht in Details vertiefen, aber ich meine, daß dieses gegenwärtige Misstrauen auch mit Veranlassung gegeben hat zu dem Conflictus zwischen dem Budgetrecht. Wenn dies der Fall, dann ist, um den Conflict einer Lösung entgegenzufliegen, nach zwei Richtungen hin eine Aussicht geboten, entweder durch eine Auflösung dieses Hauses, das dem Ministerium mit Misstrauen gegenübersteht, oder durch den Rücktritt des Ministeriums. — Meine Herren! Ob und welche Aussicht vorhanden ist, daß ein Etatgesetz zu Stande kommt, will ich nicht erörtern, aber daß die Hoffnung nicht groß sein kann, habe ich aus den Erklärungen entnommen, welche die Minister bei der Debatte über den Generalbericht der Budgetcommission abgegeben haben und aus dem bedeutungsvollen Schweigen, welches der hr. Handelsminister neulich bei der Frage des Abg. für Saarbrücken beobachtet hat. — Trotzdem will ich mich bei Beurtheilung der Regierungsvorlage nicht auf den Conflict über das Budgetrecht beziehen und deshalb kann ich die Ablehnung einer Versändigung von vornherein nicht als motiviert ansehen. Ich halte es vielmehr im Interesse des Landes, wo dieses Hauses für geboten, die Veranlassung, welche die Vorlage darbietet, zu benutzen, um durch Amendingung derselben zu zeigen, was das Haus seinerseits wolle, und um das zu gewährern, was mit den Rechten und Kräften des Landes im Einflange ist. — Gegen die Ausführungen des hr. Kriegsministers muß ich in dieser Beziehung bemerken, daß ich es für die Aufgabe Preußens halte, im Frieden ein kleines und wohlfühlendes, im Kriege ein möglichst großes und lütliches Heer zu haben, die Bedingungen dazu sind glücklicherweise nur in Preußen selbst vorhanden. Sie sind 1) die allgemeine Wehrpflicht und zwar, wie sie durch Art. 34 der Verfassungskunde festgestellt wird; 2) die Landwehr und zwar ebenfalls, wie sie die Verfassung sich gedacht hat.

Ich bemerke dabei, daß man ohne das Institut der einjährigen Freiwilligen gänzlich außer Stande sein wird, die nötigen Offiziere für die Landwehr zu schaffen. Meine Herren, diese Bedingungen können natürlich nicht mit einem Schlag erfüllt werden; am allerwenigsten durch diese Gesetzesvorlage; es bedarf dazu umfassender Geiste im Sinne und zur Ausführung der Artikel 34 und 35 der Verfassungskunde. Bis dahin kann indessen der ungerechte Zustand nicht andauern und die Regierung hat ihre volle Berechtigung, mit einer Gesetzesvorlage die Initiative zu ergreifen, der ich indessen nur den Charakter eines Übergangs-Gesetzes beilegen kann. Aus diesem Grunde kann ich den Weg, den die Commission vorschlägt, nicht für den guten halten und muß dringend wünschen, daß durch Amendingung der Vorlage ein Versuch zur Verständigung gemacht werde. Und nun noch einen Punkt, meine Herren. Erwählen Sie, daß die Verpflichtung zum Marinendiens bis jetzt nur im Wege eines königlichen Erlasses ausgesprochen ist, und daß über dieselbe zur Zeit ein Gesetz noch nicht vorliegt. Erwählen Sie auch, daß die Wehrpflicht zur See eine ungleich gefährdlichere ist und daß zur Heranziehung der Leute zu diesem schwereren Dienst in der That ein Gesetz nötig wird. Sie können also eigentlich die Gesetzesvorlage nicht im Ganzen verwerfen und werden wenigstens für Aufrechterhaltung der Bestimmungen sich aussprechen müssen, welche den Marinendiens regeln sollen. Was meinen Abänderungs-Vorschlag betrifft, so muß ich auf einige Druckschriften aufmerksam machen (dies geschieht); beideren Werth legt ich nur darauf, zu berichtigten, daß es in § 2 heißen muß, nicht aus 160.000 Mann eingestellter Wehrpflichtiger, sondern eingestellter, resp. freiwillig eingetretener Wehrpflichtiger. Und nun, meine Herren, bitte ich Sie,

gehen Sie unbefangen an die Prüfung meiner Abänderungs-Vorschläge und wenn Sie irgend welche Aussicht auf Verständigung in denselben erblicken können, so nehmen Sie sie an.

Kriegsminister v. Roon: Ich muß offen bekennen, daß ich bisher durch überhäufte Geschäfte daran verhindert worden bin, die Abänderungs-Vorschläge so eingehend zu prüfen, als dies hätte geschehen müssen, um mich schon heut über dieselben auszusprechen. Was die Bemerkungen des Herrn Vorredners über die Stellung seines heimgegangenen Vetter betrifft, und im speziellsten die, daß ihn die Anziehung seiner Denkschrift nicht überzeugt habe, so kann ich darüber blos mein Bedauern aussprechen, ohne in der Lage zu sein, für meine Behauptungen hier öffentlich den Beweis in extenso zu führen. Wenn es weiter auffallend gefunden worden ist, daß erst jetzt das Zeugnis des Generals v. Bonin angerufen wurde, so muß ich gestehen, daß es mir selbst eine unangenehme Empfindung war, gegenwärtig gezwungen zu sein, die Stellung, welche mein Amtsvorgänger zur Armeereorganisation eingenommen hat, hier öffentlich zu erörtern. Ich glaube nicht, daß Se es für unberechtigt Stolz anzusehen können, wenn ich sage, daß die Befreiung vor Misdeutungen mich zum Verzicht auf meine Mittheilungen nicht bewegen konnte, denn Sie werden sich erinnern, daß ich probiert worden bin, daß in der Presse und von der Tribune herab auf meinen Amtsvorgänger exemplifiziert wurde, daß man ihn als Autorität für die Opposition angesehen habe, und daß mir deshalb die Pflicht gegeben, die Schatten, welche dadurch auf die Reorganisation geworfen werden konnten, zu zerstreuen. Aber ich glaube, daß ich dies in voller Loyalität und mit großer Anerkennung der Verdienste meines Amtsvorgängers gehandelt habe, und daß Niemand, auch mein intimster Verherr nicht, berechtigt ist, an meinen Worten Anstoß zu nehmen. Wenn meine Neuersungen über die Landwehr bedauert worden sind, so habe ich über die Nötigung zu diesen Neuersungen selbst mein Bedauern ausgesprochen, und ich erinnere daran, daß was die Landwehr betrifft, schon früher, wie ein Abgeordneter sich ausgedrückt hat, der „Kaufschein“ des Kriegsministers Gerechtigkeit widerfahren ist. Ich bin dem, was ich früher ausgesprochen habe, nicht untreu geworden, auch gestern nicht.

M. H. Ich trat im Dezember 1859 in's Amt, als die Frage der Reorganisation fast sprudelnd geworden war. Ich kam aus dem praktischen Dienst und mit frischen Erinnerungen an die Mobilmachung und an die Eindrücke, welche die Verhältnisse der Landwehr im Lande verborgerufen haben. Und diese Eindrücke sind nicht günstig gewesen, das wird Jeder glauben, der den Sommer und die Not beobachtet hat, welche fast überall mit der Mobilmachung verknüpft waren. — Wenn der Herr Vorredner die Eingangsworte zur Landwehrordnung mir vorgehalten hat, so ist es ihm wohl nur in einem Augenblick der Erschöpfung, auf die er hinwies, entgangen, daß ich über diese Landwehr, der diese Anerkennung galt, ein Urtheil nicht gefällt habe, sondern nur über diejenige, die sich aus der früheren entwidelt hat und deren Verhalten allerdings auch durch die Verhältnisse bedingt war, in die sie sich versetzt sah.

Abg. v. Bockum-Dolfs (aus der Journalisten-Tribune außerordentlich schwer verständlich): Die Regierung habe früher ausdrücklich und wiederholt erklärt, daß zu jeder Abänderung in Heere, welche Mehrausgaben im Etat erfordert, auch unbedingt die Zustimmung der Landesvertretung nötig sei; trotz dieses Zugeständnisses aber besteht heute die Reorganisation thatsächlich und habe gestern sogar der Kriegsminister mit den Wörtern erklär, daß die Regierung eine Verpflichtung zur Vorlage des Gesetzes gar nicht vorhanden sei, daß man es nur eingebracht habe, um einem Wunsche der Kammer zu entsprechen. Er müsse bezweifeln, daß Derartiges unter dem strengsten Absolutismus je vorgekommen sei. — Das Verlangen der zweijährigen Dienstzeit sei so tief in alle Schichten des Volkes eingedrungen, daß selbst die Wirklichkeit und die Ergebnisse der Schulregulative noch nicht dahin geführt haben, selbst den niedrigsten Tagelöhner von der größeren Wohlthat einer dreijährigen Dienstzeit zu überzeugen.

Abg. v. Gottberg (gegen den Commiss.-Bericht), den er in seinen einzelnen Theilen bekämpft. Seine sehr ausführliche Rede geht in dem Geräusch des Hauses vollständig verloren.

Abg. v. Kirchmann: Ich kann, selbst wenn ich wollte, den Vorredner nicht widerlegen, da es mir unmöglich war, ihn genau zu verstehen; ich will daher die Ausmerksamkeit des Hauses nur auf einen Punkt richten, der eine frühere Auseinandersetzung von mir mit in sich schließt, nämlich auf die Stellung der Opposition in dieser Frage und ihre Anschauungen über den Conflict. Die Regierung muß zugeben und hat es durch den Minister des Innern selbst ausgesprochen, daß sie sich seit nun 6 Jahren vergeblich bemüht, und daß sie nicht fähig gewesen sei, die öffentliche Meinung zu ihren Ansprüchen hinzu zu leiten. Dieses Amtshauszeugnis der Regierung kann aber gewiß der Opposition nur eine noch stärkere und tiefsere Basis im Volle geben, als sie schon besitzt, und wenn man einigermaßen über den Horizont des grünen Liches hinaus sieht, so ist das wahrlich leicht genug zu erkennen. Im Jahre 1848 haben wir allerdings einen etwas zu weiten Sprung in die Freiheit hinein gemacht und die Continuität der geschichtlichen Entwicklung dadurch unterbrochen. Die eigentliche Erziehung des Volkes zur politischen Freiheit ist erst in den jüngsten Jahren durch den bestehenden Conflict zu Wege gebracht worden, und darin liegt die Berechtigung meiner Auseinandersetzung, daß die Fortdauer des Conflicts in gewissem Sinne eine Wohlthat sei für das Land; daß dadurch auch Nachteile im Lande und andere Schwierigkeiten entstanden sind, wer wollte das leugnen? Der Conflict hat nach und nach alle Artikel der Verfassung ergriffen, er ist übergegangen auf die bürgerliche Stellung der Beamten, auf die Selbstverwaltung der Gemeinden, auf die jetzt wahrhaft verzweigte Lage der Presse; er äußert sich endlich in unserem Justizwesen und zwar dadurch, daß der Justizminister die politische Gesinnung in Betracht zieht bei Belehrung der höheren Gerichtsstellen (Murrer rechts, laute Zustimmung auf Seiten der Mehrheit des Hauses). Durch ihren Einfluß auf die Zusammensetzung der kleineren Abtheilungen innerhalb der Gerichte ist es der Regierung möglich geworden, etwas zu erreichen, was beinahe als ein Rätsel aufgestellt werden kann. Es ist ihr möglich geworden, daß wir Urtheilsprüche bekommen haben von den höchsten Gerichtshäusern, die dem öffentlichen Rechtsbewußtsein geradezu ins Gesicht schlagen. (Ob rechts, lebhafte Zustimmung links.)

M. H. Ich meine das eben so, daß diese Urtheile von den Richtern abgegeben werden mit ihrer Überzeugung, nicht gegen ihre Überzeugung, daß ist das Kunststück, das die Regierung zu Wege gebracht hat. Ihre Hoffnung geht dahin, nun endlich eine Majorität zu erlangen, um die Reorganisation zum Gesetz zu erheben. Ich will mich auf diese trügerische Aussicht nicht einlassen; ich hoffe zu der Selbstständigkeit des Landes, daß sie auch die Probe überstehen wird. Aber wenn dennoch in einem der Regierung günstigen Momenten es ihr mit Hilfe aller ihrer ungeheuren Mittel, die ihr zu Gebote stehen, möglich würde, eine Majorität in diesem Hause zu finden, so propheze ich m. H. daß auch dann der Conflict nicht befeitigt sein wird. (Sehr wahr!) Er wird vielleicht in diesem Hause auf einige Monate verzögert sein, aber im Lande wieder auftauchen. Wir sprechen nicht von Verjährung, von Compromiß, sondern wir verlangen, daß die Regierung um lehre; nicht plötzlich und mit Verlegung der Städte, die man den dabei Engagierten schuldig sein kann, aber aus den Augen lassen werden wir unser Ziel niemals und die Zeit wird endlich bewirken, wo wir jetzt außer Stande sind. Wir können diese Zeit ruhig erwarten und brauchen ihr durch solche kleinen Amendements nicht vorzutreten. Das ist keine Verneinung, das ist die positive That, die eine Vertretung kann. (Beifall)

Um 4 Uhr beschließt das Haus, die Debatte zu vertagen und nur noch einige persönliche Bemerkungen zu gestatten.

Abg. Dr. Birchow: Der Herr Abg. v. Ernsthausen hat einen von mir an den internationalen statistischen Congress gerichteten Bericht einen „statistischen Streifzug“ genannt. Der Bericht gründete sich auf amtliche, in meinen Händen befindliche Tabellen, und ich glaube, daß der Herr Abgeordnete seine neue amtliche Stellung in einer besseren Weise wahrnehmen würde, wenn er solche amtliche Tabellen in einer Weise anerkennte, wie sie von anderen Regierungen anerkannt werden.

Abg. v. Ernsthausen: Ich erinnere den Vorredner an seine eigenen Worte, daß es nicht Brauch sei, hier von der Stellung der Abgeordneten außerhalb des Hauses zu sprechen, ich wundere mich, daß er ein so turgescentes Gedächtnis hat. Ich hatte bemerkt, daß die angezogenen Tabellen falsch seien; es braucht ja nicht Alles, was ähnlich ist, richtig zu sein. (Sehr wahr!) Anhaltende Heiterkeit.

Abg. Dr. Faucher: Herr v. Ernsthausen hat mich die Vermehrung der Bevölkerung um 2 Prozent angeben lassen; aber das ist vorläufig noch ein Desideratum, nach dem wir noch zu streben haben. (Heiterkeit.) Meine Angabe war 1½ bis 1¾ Prozent.

Der Herr Kriegsminister erklärt, daß er am Montag amtlich verhindert sei, der Sitzung beizuhören und deshalb anheimgehe, falls das Haus auf seine Anwesenheit Werth lege, danach die Tagesordnung zu bestimmen. In Folge dessen wird die nächste Sitzung auf Dienstag 10 Uhr angelegt und die heutige 4½ Uhr geschlossen. (Tagesordnung Fortsetzung der heutigen Debatte.)

Berlin, 29. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Geheimen Justiz- und Kammergerichts-Rath Heinrich Edwin Frenzel zu Berlin und dem bisherigen Superintendanten der Diakese Nauen, Pfarrer Duxstein zu Thün im Kreise Osthavelland, den

rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem evangelischen Ober-Pfarrer Koch zu Gebelee im Kreise Weisenfelde den roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem bisherigen Oberlehrer am Gymnasium zu Wesel, Professor Dr. Kiebler, dem Appellationsgerichts-Sekretär, Rechnungs-Rath Schulte zu Minden, dem Haupt-Steu-Amts-Rendanten, Rechnungs-Rath Lampe zu Minden, dem Amts-Ärzte a. D. Bövid, bisher bei der 6. Artillerie-Brigade, dem ersten Civil-Ärztler an der Central-Turn-Anstalt zu Berlin, Dr. Euler, dem Kreis-Bundarzt und zweiten Hebammen-Lehrer Mäck zu Gumbinnen, dem Kreisgerichts-Sekretär Hebel zu Merseburg und dem Conrector, Organisten und Lehrer Zschobold zu Storkow im Kreise Beeskow-Storkow, den roten Adlerorden vierter Klasse, dem Probst und Director des Pädagogiums zum Kloster unserer lieben Frauen in Magdeburg, Dr. theol. G. W. Müller, den Adler der Ritter des königlichen Haussordens von Hohenzollern, dem Schullehrer und Organisten Jacobis zu Mülheim an der Ruhr im Kreise Duisburg, dem Ritter und Schullehrer Trautmann zu Sacken im Kreise Calau, dem Strommeister Friedrich Wilhelm Sapia zu Berlin und dem Regierungsboten a. D. Wilhelm Jander zu Liegnitz das allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Steuermann Friedrich Christian Eggers zu Greifswald, dem Eigentümer und Schiffsbäcker Daniel Barloch zu Neufahrwasser im Stadtkreise Danzig, dem Fischergebißen Friedrich Rodert zu Potsdam und dem Bildnerjohn Franz Wilhelm Kasten zu Newau im Kreise Greifswald, Regierungsbezirk Stettin, die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Gehirnen Registrator und Rendanten des Johanniter Ordens, Herrlich, den Charakter als Hofrat, und dem Kaufmann und Kunstdrechsler Julius Hermann Meyer zu Berlin, (Besitzer der Firma Bilatin und Wehrwitz) das Prädikat eines königlichen Hoflieferanten zu verleihen.

Berlin, 28. April. [Se. Majestät der König] nahmen gestern vor dem Familiendiner die Vorträge des General-Adjutanten General-Lieutenant Freiherrn v. Mantuelli und des Minister-Präsidenten v. Bismarck entgegen und begaben Allerhöchstlich heut früh 8 Uhr nach Potsdam. Se. Majestät hinsichtlich die drei Bataillone des 1. Garde-Regiments zu Fuß, fuhren sodann nach Schloss Babelsberg und kehrten um 3 Uhr Nachmittags hierher zurück, worauf Allerhöchstliebsten die Vorträge des Ministers des königlichen Hauses, Freiherrn v. Schleinitz, und des Minister-Präsidenten v. Bismarck entgegennahmen.

— 29. April. [Se. Majestät der König] fuhren um 8 Uhr nach Spandau und besichtigten dort auf dem Exerzierplatz, umgeben von den königl. Prinzen, den General- und Flügel-Adjutanten u. des 2. Bataillon und zum Theil das Fußlager-Bataillon des 4. Garde-Regiments zu Fuß. Nach 10 Uhr kehrten Se. Majestät der König auf dem rechten Spree-Ufer längs des neuen Schiffahrts-Kanals nach Berlin zurück und empfingen hier im Besisein des Gouverneurs und des Commandanten die Meldungen des Generals der Infanterie v. Peucker, General-Lieutenants v. Moltsche, Obersten v. Rohrscheidt, der Oberst-Lieutenants v. Chauvin und v. Kortzfleisch und mehrerer anderer Offiziere. Demnächst beurlaubte sich bei Sr. Majestät der Oberst-Lieutenant und Flügel-Adjutant v. Strubberg.

Nach einem Vortrage der Hofmarschälle folgte der des General-Adjutanten, General-Lieutenants v. Mantuelli und später der des Civil-Cabinets. (St. A.)

Gewinne der 4. Klasse 131. Lotterie. (Ziehung vom 29. April.)

A. Aus dem Staats-Anzeiger.

Bei der heutigen fortgesetzten Ziehung der 4ten Klasse 131ster königlichen Kassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 39,717 nach Berlin bei Atron. 1 Gewinn zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 79,342.

31 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 370, 2626, 2876, 3674, 3956, 5087, 7797, 8001, 8422, 8515, 9813, 10,301, 11,594

(100). 435. 61. 530. 728. 53. 64. 70. 75. 78 (100). 934. 98 (100). 39,041. 67. 124. 25. 77. 215. 85 (100). 95. 303. 400. 22. 637. 51. 726. 45. 90 (100). 824. 79. 987.

40,021 (100). 171. 212. 39. 57. 86. 391. 538 (100). 70. 815. 29. 44. 938. 41,007. 177. 212. 31. 98. 378. 406. 7. 27. 29. 557 (100). 93. 634. 51. 75. 709 (100). 99. 840. 64. 963. 42,055. 95. 214. 324. 32. 62. 90. 424 (100). 68. 559. 70. 708. 83. 93 (100). 94. 849. 87. 963. 43,023. 82. 104. 11. 266. 84. 416. 88. 641. 57. 713. 17. 66. 94. 815 (100). 907. 44,003. 67. 121. 23. 24. 27. 75. 225. 391. 418 (100). 51. 510. 14. 20. 62. 64. 705 (100). 8. 51. 809. 22. 36. 930. 45,027. 69. 216. 57. 60. 82. 314. 15. 78. 80. 89. 415. 94. 612. 37 (100). 86. 712 (100). 41. 61. 81. 814. 29. 46,004. 13. 146. 84. 277. 84. 331. 453. 503. 21. 77. 86. 647. 58. 747. 938. 87. 47,025. 108. 27. 39. 227. 33. 36. 352. 573. 705. 77. 48,042. 77. 134. 63. 79 (100). 226. 31. 53. 56. 380. 402. 13. 20. 63 (100). 535. 55 (100). 638. 71. 701. 21. 947. 74. 49,061. 97. 146. 238. 91. 319. 45. 82. 448. 53. 509. 680 (100). 85. 785. 822. 929. 56 (100). 61.

50,011. 21. 82. 127. 414. 19. 69. 522. 644. 93. 773. 82 (100). 91 (100). 92. 843. 49. 95. 923. 70. 51,001. 29. 33. 38. 65. 130. 64. 77. 20. 2. 51. 54. 365. 83. 98. 419. 547. 632. 59. 707. 898. 940. 44. 89. 52,055. 59. 97. 132. 55. 224. 341. 449. 506. 7. 8. 10. 26. 91. 95 (100). 633. 731. 71 (100). 90. 838. 40. 957. 53,037. 77. 79. 91. 154. 219. 417. 578. 762 (100). 814. 59. 73 (100). 920. 54,069. 86. 106. 71. 255. 82. 99. 327. 538. 94. 620. 46 (100). 48. 807. 963. 93. 55,025. 42. 167. 271. 86. 412. 16 (100). 73. 94. 537. 628. 68. 740. 62. 873. 981. 56,164. 82. 250. 81. 301. 19. 447. 81. 634 (100). 735. 40. 958. 93. 57,104. 246. 314. 58. 586. 689. 765. 66. 818. 70. 58,159. 78. 2,0. 27 (100). 33. 60. 73. 77. 335. 421. 24. 26. 80. 87. 587. 94. 695 (100). 942. 59. 59,045. 76. 105. 260. 324. 45. 475. 516. 26. 623. 64. 765. 880. 81. 923. 39. 63. 76.

60,057. 109 (100). 92. 231. 80. 409. 48. 96. 503. 35. 46. 620. 84. 91. 779. 849. 66. 73. 931. 37. 61,005. 24. 47 (100). 135. 93. 96. 249. 83. 321. 23. 81. 99 (100). 546. 50. 71. 632. 769. 806. 946. 62,018. 120. 27. 52 (100). 67. 285. 375. 454. 55. 61. 568. 82. 712. 46. 59. 96. 846. 60. 965. 63,012. 122. 97. 216. 21. 85. 327 (100). 41. 412. 13 (100). 533. 71. 85. 97. 610. 28. 35. 58. 85. 730. 72. 965. 64,000. 29. 84. 115. 23. 253. 70. 88. 328. 558. 97. 610 (100). 14 (100). 42. 72. 77. 706. 63. 854. 922. 53. 65,101. 32. 326. 52 (100). 69. 94. 402. 513. 53. 61. 64. 97. 98. 630. 47. 90. 779 (100). 911. 17 (100). 45. 92. 96. 66,027. 39. 52. 84. 115. 69. 276. 82. 332. 442. 68. 531. 678. 98. 711. 12. 98. 67,079. 179. 97. 265. 89 (100). 302. 36. 46. 93. 98. 425. 27. 59 (100). 66. 78. 86 (100). 510. 20. 87. 611. 57. 84 (100). 818. 34. 911. 14. 18. 84. 94. 68,069. 230. 45. 558. 625. 715. 57. 824. 49. 77. 81. 904. 18. 73. 87. 69,003. 176. 247. 57. 447. 69. 736. 39. 49. 59. 852. 58. 930. 32. 65.

70,016. 55. 103. 7. 61. 62. 235. 61. 82. 85 (100). 375. 99. 452. 69. 555. 607 (100). 12. 751. 79. 806. 13. 75. 958. 71,009. 50. 54. 81. 94. 95. 402. 3. 577. 605. 7. 61. 744. 70. 87. 88 (100). 876. 72,152. 289. 92. 383. 488. 502. 56. 65. 686. 749. 67. 90. 824. 904. 73. 73,024. 53. 70. 74. 93. 142. 203. 81. 311. 35. 45. 62. 407. 72. 84 (100). 526. 78. 618. 848. 68. 936. 39. 64. 86. 87. 96. 74,036. 207. 19. 52. 73 (100). 317. 33. 87. 430. 39. 503. 7. 59. 651. 85. 87. 818. 42 (100). 73. 93. 971. 84. 75,025. 52. 104. 45. 66 (100). 214. 43. 315. 16. 74. 448. 546 (100). 640. 82. 741. 49. 75. 92. 94 (100). 876. 92. 917. 72. 93. 76,004. 11. 19. 161. 231. 378. 569. 75. 622. 26. 60. 75. 758. 82. 916. 48. 77,037. 135. 48. 223. 25. 89. 304. 13. 70. 401. 521. 84. 688. 734. 58. 828. 52. 53. 910. 76. 98. 78,001 (100). 80. 84. 86. 104. 55. 226. 49. 87 (100). 341. 541. 69. 612. (100). 76. 769. 822. 95. 923. 72. 79,011. 12. 30 (100). 39. 82. 178. 277. 80. 335. 55. 428. 42. 73. 77. 534. 653. 723. 24. 830. 955.

80,053. 93. 142 (100). 236. 41. 347. 579 (100). 83. 86. 612. 758. 834. 912. 19. 80. 81,076. 214. 24 (100). 25. 69. 93. 442. 593. 94. 635. 43. 757. 73. 74. 868. 73. 82,133. 67. 232 (100). 314. 407. 55 (100). 61. 88. 637. 96. 712. 18. 874. 86. 83,013. 87. 160. 266. 74. 83. 340 (100). 400. 522. 27. 65. 613. 29. 776 (100). 844. 75. 985. 98. 84,027. 164. 73. 79. 98. 283. 87. 93. 94. 310. 425. 91. 524. 68. 654. 704. 804. 76. 82. 927. 56. 85,033. 61. 80. 16. 263. 373. 94. 414. 61. 69. 582. 654. 56. 86. 707. 61. 817. 36. 89,091. 134. 96. 249. 476. 522. 47. 77. 656. 84 (100). 701. 53. 75. 808. 89. 55. 87,076. 98. 115. 30. 50. 63. 90. 233. 87. 90. 377 (100). 419. 20. 666. 726. 36. 53. 60. 72. 806. 7. 57. 970. 75 (100). 88,081. 159. 65. 333 (100). 70. 457. 88. 514. 40. 635. 830. 48. 72. 76. 93. 963. 79. 88. 89,070. 85. 90. 105. 58. 223. 69. 70. 327 (100). 431. 533. 45. 95. 619. 36. 772. 75. 866. 921. 87.

90,018. 230. 56. 75. 95. 310. 56. 76 (100). 451. 505. 606. 50 (100). 86. 97. 734. 91. 836. 954. 91 (100). 91,003. 4. 81. 117. 228 (100). 55. 64. 300. 17. 62. 81 (100). 482. 570. 625. 718. 32. 56. 801. 70. 952. 61 (100). 92,048. 60. 315. 28. 66. 436. 38. 79. 681. 89. 712 (100). 14. 58. 844. 74 (100). 86. 93,020. 48. 265. 73. 313 (100). 522. 29. 31. 611. 52. 811. 21. 29. 34. 87. 974. 85. 94,025. 100. 53. 78 (100). 89. 93. 286. 325. 44. 414. 540. 70. 98. 606. 11. 713. 75. 863. 82. 901. 16. 92.

[*Offizielles Dementi gegen Artikel einer offiziösen Zeitung.*] Mit dem Wahlrecht „auf breiterster Grundlage“ scheint es wieder einmal nichts zu sein, denn der „Staatsanze.“ besapportiert heute die „Nordd. A. Z.“ in folgender ziemlich derben Weise: Die öffentlichen Blätter haben die Leitartikel der hiesigen „Nordd. A. Z.“ über die Verfassung einer Volksvertretung in den Herzogthümern Schleswig-Holstein den Inspirationen der königl. Regierung zugeschrieben. Diese Vorwürfe ist eine irrite und in der Beziehung der königl. Regierung zur Presse nicht begründet. Die königl. Regierung steht mit mehreren Blättern, welche derselben ihre Unterstützung widmen, in dem Verhältnis, daß dieselben Mittheilungen der Regierung auf deren Wunsch aufnehmen. Aber mit keinem Blatte, außer dem „Staats-Anz.“, sieht sie in solchen Beziehungen, daß sie irgend welche Verantwortlichkeit für den Gesamtinhalt der Zeitung übernehmen könnte.

Die gegenwärtige Regierung hat bald nach ihrem Eintritte die damals bestehende „Sternzeitung“ aufgegeben, weil sie sich überzeugte, daß es für sie unmöglich sei, ein Blatt, in dessen Aufgabe es liegt, täglich die gesamte Politik zu besprechen, unter direktem Einfluß der Regierung redigieren zu lassen. Es liegt in der Natur des Verhältnisses, daß die Regierung eines großen Staates in Beziehung schwieriger Fragen der auswärtigen, wie der inneren Politik eine, nach den Umständen mehr oder minder große Zurückhaltung sich zur Pflicht machen muß. Gleiches gilt, wie es unvermeidlich ist, in Blättern, für deren Gesamtinhalt die Regierung verantwortlich gemacht wird, so verlieren solche Journale für ihren Leserkreis das Interesse, wie dies am Beispiel der „Sternzeitung.“ und in gewisser Beziehung an jedem amtlichen Regierungsblatte seine Bestätigung findet.

Selbst in Fällen, wo jener Zurückhaltung entgangen werden kann, läßt sich das Maß und die Richtung in einigermaßen schwierigen politischen Fragen nur durch die amtlichen Stellen bestimmen, welchen die Leitung der Politik unmittelbar obliegt. Diesen aber, mit anderen Worten den Ministern selbst, fehlt es notwendig an der Zeit und dem Berufe, eine Zeitung in der Weise zu redigieren, daß sie bereit sein könnten, für jedes in derselben enthaltene Wort einzustehen.

Es erscheint nötig, diesen schon mehrmals vor die Öffentlichkeit gebrachten Erwägungen, welche die Regierung in ihren Beziehungen zur Presse leiten, wiederholt Ausdruck zu geben, um dem mißbräuchlichen Verfahren der Oppositionspresse entgegenzutreten, welche jeden Artikel einer derjenigen Zeitungen, die gelegentlich Mittheilungen der Regierung empfangen und abdrucken, als eine authentische Erklärung der Regierung ausbeuten.

[*Der Anspruch des „Mitbesitzes.“*] Zum erstenmale ist es jetzt im Laufe der Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich in Anregung gekommen, daß der Anspruch des „Mitbesitzes“ nach dem Grade der Leistungen bei dem „Befreiungskrieg“ bemessen werden könnte. Dabei ist hervorgehoben worden, daß Preußen zu dem letzten Kriege 56 Bataillone, 29 Schwadronen, 160 Feldgeschütze, 7 Festungssoldaten

Compagnien mit 80 Belagerungsgeschützen und 15 Pionnier-Compagnien; Österreich dagegen 20 Bataillone, 10 Schwadronen, 48 Geschütze und 2 Pionniercompagnien gesandt habe. Die Friedensbefestigung beträgt jetzt von Seiten Preußens 18 Bataillone, 8 Schwadronen, und 20 Geschütze; von Seiten Österreichs 5 Bataillone, 5 Schwadronen und 8 Geschütze.

[*Graf Wrangel.*] In militärischen Kreisen wird von einer baldigen Pensionierung des Marschalls Grafen Wrangel gesprochen,

[*Beileids-Adresse.*] Der Stadtv. Dr. Moritz Löwinson hat bei den Stadtverordneten am Sonnabend einen Antrag wegen Erlaß einer Beileids-Adresse über den Tod des Präsidenten Abraham Lincoln gestellt. Der Antrag schließt mit den Worten: „So giebt es denn auch uns, Theil zu nehmen an dem tiefen Schmerz des Volkes von Nordamerika über den jähren Verlust seines besten Bürgers.“ uns, den Vertretern der Bürgerschaft der ersten Stadt Preußens, der größten Stadt Deutschlands im Namen des preußischen, im Namen des deutschen Volks. — In diesem Sinne gestatte es mir die gebrachte Stadtverordneten-Versammlung an sie den Antrag zu richten, dieselbe wolle beschließen: „durch eine Adresse ihr dieses Mitgefühl über den Tod des Präsidenten Abraham Lincoln kund zu thun und die Thür und die Schriftsteller der Vereinigten Staaten von Nordamerika überreichen zu lassen.“ Zum Referenten für die desfallsige Berathung am nächsten Donnerstag ist der Stadtv. Elsber ernannt.

[*Die Jubelfeier in der Rheinprovinz.*] Sämtliche Minister haben Einladungen erhalten, den Feierlichkeiten, welche um die Mitte des Monats Mai in der Rheinprovinz stattfinden werden, beizuhören. Wie die „Kreuztg.“ hört, haben mehrere der Minister bereits ihre Gegenwart bei diesen Feierlichkeiten zugesagt.

[*Einförmigkeit der Civilcommissare.*] Es freut uns — schreibt die „Volksztg.“ — constatiren zu können, daß die Herren v. Halbhuber und v. Zedlitz nicht in allen Punkten uneinig sind. Sie haben ein gemeinschaftliches Rescript erlassen, durch welches die „Reden des Labienus“ und eine Schrift über die Liebschaften des Kaisers Napoleon in Schleswig-Holstein verboten werden. (Altona.)

Burg, 27. April. [Die Arbeitsaufstellung der Fabrikarbeiter in Burg.] hat eine gütliche Beileidung gefunden. Man schreibt der „W. Pr.“ darüber: „Schon vor 5 Wochen erklärten die Lohnmacher, daß sie sich, obwohl ungern, auch dem § 4 der Fabrikordnung fügen wollten, wenn andererseits die Fabrikanten sich verpflichteten, sie für diejenige Arbeitszeit zu entschädigen, die sie innerhalb der regelmäßigen Fabrikstunden ohne ihre Schuld (meistens durch Mangel an Ketten) einbüßten. Längere Zeit hindruckt wollten die Fabrikarbeiter hierauf nicht eingehen, und als sie sich endlich etwas in der fünften Woche der Arbeitseinstellung dazu bequemten, genügte allerdings den Arbeitern diese späte Concession nicht mehr. Sie waren begreiflicherweise durch den langen Widerstand, durch die außerordentlichen Opfer und Leiden und nicht am wenigsten durch polizeiliche Maßregeln erbittert. Um diesen unheilvollen Widerstand zu bekämpfen, war am vergangenen Sonntag der Vorsitzende des magdeburger Arbeiter-Bildungs-Vereins, zugleich Abgeordneter des ständischen Ausschusses deutscher Arbeitervereine, hier anwesend und in freudlicher, auf Verantwortung gründender Bemühungen gelang, was alle Drohungen und Zwangsmahrgrenzen schwerlich bewirkt hätten. Die Arbeiter beschlossen, gegen die obenerwähnte Verpflichtung der Fabrikanten die Arbeit wieder aufzunehmen, und so kann ich Ihnen die freudige Mittheilung machen, daß heute Früh in den meisten, wenn nicht in sämt

Kinder, 68 männliche und 55 weibliche, zusammen 123 Personen als hierorts gestorben polizeilich gemeldet worden. Hier von starben im allgemeinen Kranken-Hospital 7, im Kloster der barbaren Brüder 3, im Kloster der Elsässerinnen 3, in der Diaconissen-Anstalt Bethanien 3 und in der Gefangenengen-Kranken-Anstalt 2 Personen. (Pol. Bl.)

Wohlau. 27. April. [Kirchliches und Communales.] Vor-gestern wurde Knopf und Kreuz auf den Thurm der katholischen Pfarrkirche aufgesetzt — und merkwürdig: gerade an demselben Tage, wo vor 40 Jahren dasselbe geschehen war. Leider waren die Urkunden in dem schadhaft gewordenen Knopf fast unleserlich geworden; doch hat der gegenwärtige Pfarrer Herr Eßner dieselben nicht nur in lateinischer Sprache erneuert, sondern mit solchen auch 14 verschiedene Münzen in den restaurierten Knopf legen lassen. — Der seit Jahren gehegte Wunsch, namentlich den Ring unserer Stadt umgefasst zu wissen, scheint jetzt mit Macht seiner Erfüllung entgegen zu gehen; denn nachdem schon zu Anfang d. J. das Nibellement des Ringes und der Straßen beendet worden ist, haben jetzt die Stadtverordneten den baldigen Angriff der Wasserleitung-Röhreleitung und die Neuflasierung des Ringes entschieden. Namentlich soll das Nibellement des Ringes erhöht und die Cisterne derselben in einem Springbrunnen am Rathause verändert werden. Besonders interessirt sich dafür der gegenwärtige Bürgermeister Herr Kerner, dem auch die Erweiterung und Verschönerung unserer Promenade sehr am Herzen liegt.

Grottkau. Drei hiesige Eisenbahn-Baumeister und einer in Neisse, welcher noch vor kurzem ebenfalls hier stationirt war, sind bei der diesmaligen Lotterie-Ziehung mit einem Viertel des Hauptgewinnes von 25,000 Thalern belohnt worden, welcher bei Herrn Lotterie-Collector Seidel in Neisse auf Nummer 56,744 herausgekommen ist. Einer der partizipierenden Gewinner ist an der Hälfte des Viertels beteiligt, die andern drei Mitspielern sind es zu gleichen Theilen an der andern Hälfte derselben. (Ob. B.)

Gleiwitz. 27. April. [Promenade — Sitzungsfeier.] Der beginnende Frühling zeigt nun die vom Geschäftsbundesverein angelegten Promenaden in ihrer vollen Schönheit. Obgleich noch Alles im Werden begriffen ist, so lädt sich doch schon erkennen, wie prächtig das Alles erst aussieht wird, wenn die Bäume herangewachsen, und alle Alleen vollendet sein werden. Das Alles verdanken wir der umstolzlichen und unermüdlichen Thätigkeit unseres Herrn Syndicus Koschützki. Das Volk lässt es sich auch nicht nehmen, die Hauptalleen, die nach dem Bahnhofe führt, nach seinem Namen zu benennen, so daß dieser für spätere Geschlechter verewigt bleibt.

— Ich nächsten Jahre, am 29. April, wird das hiesige Gymnasium sein fünfzigjähriges Bestehen und ungesetztes Wirken feiern, und soll eine solenne Festlichkeit vorbereitet werden. Dieselbe wird dadurch noch erhöht werden, daß zwei an der Anstalt noch tätig wirkende Lehrer, die Professoren Biebl und Heimbrodt um dieselbe Zeit ihr Amtsjubiläum feiern. — Dichte Rauchwolken, getrieben von einem stark wehenden Winde, wälzten sich heute Nachmittag von dem Nachbarsdorf Richtersdorf gegen unsere Stadt und setzten bald die Feuerwehr in Bewegung. Eine Feuerbrunst wütete dagegen und legte 10 Behausungen und 6 Scheunen in Asche. Glücklicherweise drehte sich der Wind während des Brandes scheinbar, sonst wäre die lange Reihe der Häuser, die mit Stroh und Schindeln größtentheils bebaut sind, ein Raub der Flammen geworden. Mit Ausnahme einer Frau, die Brandwunden erhielt, ist kein Menschenleben dabei beschädigt worden; dagegen ist manches Stück Vieh verbrannt. Eine Bauerfrau ist gesanglich eingezogen worden.

Snesen. 28. April. [Verurtheilung.] Der Probst Sawinski in Zielonowice stand heute vor dem Geistlichen-Gericht hier der Urkunden-Abfassung angestellt. Nachdem derselbe für schuldig unter mildernden Umständen erkannt wurde, ist er zu einer neunmonatlichen Gefängnisstrafe, hundert Thaler Geldbuße und Verlust der Ehrenrechte auf ein Jahr verurtheilt worden. Der Rechtsanwalt Dochorn aus Posen führte die Vertheidigung und zwar in recht gediegener Weise. Der Angeklagte ist ein Mann von 72 Jahren und fast fünfzig Jahre im Amte. (Ostd. 3.)

Meteorologische Beobachtungen.

	Baz.	Luft-	Wind-	Wetter.
	Rometer.	Temperatur.	richtung und Stärke.	
Breslau, 29. April 10 U. 24.	330,78	+4,8	W. 1.	Heiter.
30. April 6 U. Mrg.	330,48	+3,6	NW. 1.	Wollig.
2 U. Nachm.	330,45	+6,6	NW. 2.	Wollig.
10 U. Abends.	331,67	-2,6	RD. 1.	Bewölkt.
1. Mai 6 U. Mrg.	333,63	-1,0	N. 1.	Heiter.

Breslau. 1. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 15 §. 9. 3. U.-P. 2 §. 4. 3.

Leipzig. 28. April. [Weberbericht.] Sowohl in Leder als in Tuch war die Farbe nicht allzu stark und es wurde viel verkauft, namentlich war von ersterem gute, schwere, trockene Ware sehr gefragt und auch besser bezahlt, wogegen geringere und fehlerhafte Ware vernachlässigt war. In Tuch wurde zwar ebenfalls viel verkauft, jedoch, zu verhältnismäßig niedrigen Preisen; von einer besondern Vorzüglichkeit einzelner Sorten war nichts zu bemerken. Nur mittelsteine und ordinäre Lüche waren, wie immer, am meisten begehrt, doch wurden alle Sorten Lüche und tuchähnliche Stoffe mehr oder weniger in den Verkehr gezogen. Über die Preise berichten wir demnächst. In allen Arten Sommerartikeln scheint sich ein gutes Geschäft entwideln zu wollen, der Verkauf darin ist bereits ein ziemlich lebhafte und zwar in der gewissen Aussicht auf einen warmen und trockenen Sommer. In Manufacturaaten aller Art läuft der Anfang der Messe gleichfalls einen guten Verlauf hoffen, ebenso wie die Aussichten und Hoffnungen auf eine allenthalben gute Mittelmesse sehr überall gehalten werden. Deshalb ist es auch unverantwortlich, wenn gewisse süddeutsche Blätter über den mutmaßlichen Gang der gegenwärtigen Messe gegenwärtig berichten, und zwar die die selbe noch begonnen hat. Namentlich wird sich das durch dieselben ausgestreute Gerücht von einem in Folge der Kriegsereignisse in Amerika zu erwartenden „raschen und bedeutenden Sinken der Baumwollpreise“ als ganz unbegründet erweisen; dergleichen Gerüchte sind geeignet, sehr lästig auf den Verkauf der Messe einzutreten. Nur gut, daß unsere sächsischen Fabrikanten besser unterrichtet sind und wissen, daß wir im Laufe dieses Jahres wenig oder gar keine Baumwolle aus Amerika zu erwarten haben und daß ein weiteres Sinken der Baumwollpreise schwerlich eintreten kann, vielmehr steht eine Steigerung derselben, wenigstens für den Herbst in Aussicht, weil die Stöcke in Amerika sowohl als in Europa nicht bedeutend und sehr im Abschmelzen begriffen sind.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris. 29. April, Nachm. 3 Uhr. An der heutigen Börse war Alles angekommen und nur wenig Geschäft. Die Liquidation hat bereits begonnen, geht aber ziemlich schwer von statten. Die Rente eröffnete zu 67, 37½, hob sich auf 67, 40 und schloß sehr matt zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91 gemeldet. Schluss-Course: Proz. Rente 67, 15. Ital. Proz. Rente 65, 45. Spanier —. Iproz. Spanier 40%. Dörfersche Staats-Eisenb.-Aktien 440. — Credit-Mobilier-Aktien 763, 75. Lombard-Eisenbahn-Aktien 541, 25.

London. 29. April, Nachm. 4 Uhr. Consols 90%. Iproz. Spanier 40%. Sardinier 79. Mexikaner 26%. Iproz. Russen 90%. Neue Russen 92%. Silber —. Lürl. Consols 53%. Iproz. Ver. Staaten-Anl. pr. 1862 64½%.

Der Dampfer „Oneida“ ist aus Rio de Janeiro in Lissabon eingetroffen. **Bien.** 29. April, Nachm. 2 Uhr. Creditabilität steigend. — Schluss-Course: Iproz. Metall. 71, 65. 1854er Loos 88. Bank-Aktien 800, 50. Nordbahn 178, 80. Rat.-Anl. 75, 70. Creditabilität 186, 10. Staats-Eisenb.-Aktien-Gert. 189, 20. Galizier 205, 25. London 108, 50. Hamburg 81. Paris 43, 25. Böhm. Weltbahn 166, 75. Credit-Loose 125, 80. 1860er Loos 94, 50. Lomb. Eisenbahn 223. — Neues Lotterie-Anl. —.

Wien. 30. April, Abends. Im heutigen Privatverkehr begannen Credit-Aktien sehr fest zu 186, 20 und schlossen 185, 50. Staatsbahn 189, 20, 1860er Loos 94, 55. 1864er Loos 89, 2. Galizier 205, 50.

Frankfurt a. M., 29. April, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Dörfersche Papiere waren vernachlässigt. Amerikaner sehr lebhaft. Nach Schluss der Börse wurden letztere zu 70 gehandelt. Schluss-Course: Wiener Wechsel 108% B. Finnlandische Anleihe 84. Neue 4½% prozent. Finnlandische Pfandschreibes —. Iproz. Ver. Staaten-Anleihe pr. 1852 69—70%. Dörfersche Bank-Anth. 870. Dörfersche Credit-Aktien 202. Darmst. Bank-Aktien 229 B. Dörfersche Französische Eisenbahn —. Dörfersche Bahn 121½ B. Böhmisches Eisenbahn —. Rhein-Nahebahn 30½ B. Ludwigsh.-Bergbau 148½ B. Dörfersche Ludwigsh. 134% B. Darmst. Kett.-Bank 256 B. 1854er Loos 80% B. 1860er Loos 88% B. 1864er Loos 97½ B. Dörfersche Rat.-Anl. 68%. Iproz. Metall. 64 B. 4½% prozent. Metall. 58 B.

Hamburg. 29. April, Nachm. 2½ Uhr. In Amerikaner lebhafter Umsatz, Baluten ruhig. Schluss-Course: National-Anl. 70%. Dörfersche Credit-Aktien 85%. Vereinsbank 106%. Nordd. Bank 116%. Rheinisch. 113%. Nordbahn 77%. Finn. Anl. 84. Iproz. Verein. St.-Anl. pr. 1862 63%. Diskonto 2½%.

Hamburg. 29. April. [Getreidemarkt.] Weizen sehr fest. April-Mai 5400 Bfd. netto 95 Bancothaler Br. 94½ Bfd. pr. Sept.-Okt. 103 Br. 102 Br. Roggen einzeln fest. April-Mai 100 Bfd. brutto 81 Br. 80 Bfd. per Sept.-Okt. 72 Br. 71 Bfd. Getreide, Kaffee und Zink unverändert.

Hamburg. 29. April, Abends. Ein Telegramm der „Börsehalle“ aus Lissabon zum heutigen Tage mit Berichten aus Rio vom 7. d. M. meldet: Gesamtamtsbildung an Kaffee nach diversen Höfen 40,400 Sac. Vorrauth um 20,000 Sac vermehrt. Preise 250—200 Reis niedriger. Wechselscours auf Lon on ½ niedriger als Meldung mit letzter Post.

Liverpool. 29. April, Nachm. 1 Uhr. [Von am wolle] 10,000 Ballen Umsatz. Fester Markt. Amerikanische 14%, fair Dörfersche 11, middling fair Dörfersche 10, middling Dörfersche 8½%, Bengal 6%, Domra 11.

Berlin. 29. April. Bei der Ausdehnung, welche die Liquidation hatte, da sie in Folge des auf den Sonntag fallenden Ultimo schon heute beendet werden musste, blieb der Börse zu selbstständigen Operationen wenig Muße. Nur so viel ließ sich erkennen, daß die Stimmung weniger als gestern beruhigt war und die Speculation der steigenden Richtung sich heute weniger gezeigt zeigte. Das trat namentlich bei den Amerikanern deutlich her vor, obwohl diese mit hohem Course eröffneten, der nach späterem Weichen erst zuletzt wieder erreicht wurde. Überhaupt trat besonders um die Mitte der Geschäftszzeit ein sehr merklicher Überfluss an Material auf, der den Courstand häufig nicht unbedeutend ermächtigte. Wir haben namentlich verstärkte Angebote in russ. Br. Anleihe hervorzuheben. Die Reports stellten sich auch in Folge davon billig, von Eisenbahn- und bedangen Anhalter ½, Überschlässe ½% Report; Bergisch-Märkische und Rheinische wurden ohne Entgelt prolongiert, für Mainzer etwa ½ und ½ Bfd. bewilligt, und für Stettiner unter Umständen ½—½% Report. Für Credit erhält sich ½% Report, aber mehr als weniger; für Galizier ¼. Bemerklich fest behauptete sich der österreichische Markt, namentlich Credit und Lose. Gegen den aus Moldauer, wie es scheint, tendenziös geübten Druck machte sich selbst eine in einem 2% höheren Course erkennbare Reaction wirksam geltend. Am Kapitalmarkt war die seit einigen Tagen gedrückte 5% preuß. Staatsanleihe begebt und mit 105% zu kaufen, auch Eisenbahnprioritäten beliebter. Schluss der Börse durch das Steigen der Amerikaner belebt. — Disconto schwieriger, nur ausnahmsweise unter 3%.

Gleiwitz. 27. April. [Promenade — Sitzungsfeier.] Der beginnende Frühling zeigt nun die vom Geschäftsbundesverein angelegten Promenaden in ihrer vollen Schönheit. Obgleich noch Alles im Werden begriffen ist, so lädt sich doch schon erkennen, wie prächtig das Alles erst aussieht wird, wenn die Bäume herangewachsen, und alle Alleen vollendet sein werden. Das Alles verdanken wir der umstolzlichen und unermüdlichen Thätigkeit unseres Herrn Syndicus Koschützki. Das Volk lässt es sich auch nicht nehmen, die Hauptalleen, die nach dem Bahnhofe führt, nach seinem Namen zu benennen, so daß dieser für spätere Geschlechter verewigt bleibt. — Ich nächsten Jahre, am 29. April, wird das hiesige Gymnasium sein fünfzigjähriges Bestehen und ungesetztes Wirken feiern, und soll eine solenne Festlichkeit vorbereitet werden. Dieselbe wird dadurch noch erhöht werden, daß zwei an der Anstalt noch tätig wirkende Lehrer, die Professoren Biebl und Heimbrodt um dieselbe Zeit ihr Amtsjubiläum feiern. — Dichte Rauchwolken, getrieben von einem stark wehenden Winde, wälzten sich heute Nachmittag von dem Nachbarsdorf Richtersdorf gegen unsere Stadt und setzten bald die Feuerwehr in Bewegung. Eine Feuerbrunst wütete dagegen und legte 10 Behausungen und 6 Scheunen in Asche. Glücklicherweise drehte sich der Wind während des Brandes scheinbar, sonst wäre die lange Reihe der Häuser, die mit Stroh und Schindeln größtentheils bebaut sind, ein Raub der Flammen geworden. Mit Ausnahme einer Frau, die Brandwunden erhielt, ist kein Menschenleben dabei beschädigt worden; dagegen ist manches Stück Vieh verbrannt. Eine Bauerfrau ist gesanglich eingezogen worden.

(B.-u. H.-S.)

Breslau. 1. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 15 §. 9. 3. U.-P. 2 §. 4. 3.

Berliner Börse vom 29. April 1865.

Fonds- und Gold-Course.

Frei. Staats-Anl. 41½ 102½ bz.

Staats-Anl. von 1859 55 105½ bz.

dito 1850, 52 99 bz.

dito 1853 44 99 bz.

dito 1854 41 102½ bz.

dito 1855 41 102½ bz.

dito 1856 41 102½ bz.

dito 1857 41 102½ bz.

dito 1858 41 102½ bz.

dito 1860 41 102½ bz.

dito 1861 41 102½ bz.

dito 1862 41 102½ bz.

dito 1863 41 102½ bz.

dito 1864 41 102½ bz.

dito 1865 41 102½ bz.

dito 1866 41 102½ bz.

dito 1867 41 102½ bz.

dito 1868 41 102½ bz.

dito 1869 41 102½ bz.

dito 1870 41 102½ bz.

dito 1871 41 102½ bz.

dito 1872 41 102½ bz.

dito 1873 41 102½ bz.

dito 1874 41 102½ bz.

dito 1875 41 102½ bz.

dito 1876 41 102½ bz.

dito 1877 41 102½ bz.

dito 1878 41 102½ bz.

dito 1879 41 102½ bz.

dito 1880 41 102½ bz.

dito 1881 41 102½ bz.

dito 1882 41 102½ bz.

dito 1883 41 102½ bz.

dito 1884 41 102½ bz.

dito 1885 41 102½ bz.

dito 1886 41 102½ bz.

dito 1887 41 102½ bz.